

**Wahlprüfsteine der rheinland-pfälzischen Landeshochschulpräsidentenkonferenz
zur Landtagswahl am 14.3.2021**

Antworten des CDU Landesverbandes Rheinland-Pfalz

1. Eine hochrangig besetzte Kommission externer Expertinnen und Experten hat 2018 Empfehlungen für ein "Hochschulzukunftspogramm Rheinland-Pfalz. Potentiale - Herausforderungen - Chancen" (https://mwwk.rlp.de/fileadmin/mbwwk/Service_Sonstiges/Hochschulzukunftspogramm_Rheinland-Pfalz.pdf) erstellt. Ein für uns besonders wichtiger Punkt war der Rat an die Landesregierung mit den Hochschulen mehrjährige Finanzierungsverträge abzuschließen, um auf diese Weise Planungssicherheit zu ermöglichen. Dies ist in den umliegenden Bundesländern seit vielen Jahren gelebte Praxis, während die rheinland-pfälzischen Hochschulen bis heute oft erst unterjährig erfahren, über welche Ressourcen sie im laufenden Jahr verfügen können. Wie gedenkt Ihre Partei mit dieser Empfehlung künftig umzugehen? Welche darüberhinausgehenden Empfehlungen möchte Ihre Partei umsetzen und welche nicht?

Um Planungssicherheit für die Hochschulen zu schaffen und die Entwicklung der Hochschullandschaft insgesamt konstruktiver zu begleiten, streben wir mehrjährige Finanzrahmen mit entsprechenden Zielvereinbarungen für die Hochschulen an und verweisen in diesem Zusammenhang auf den Begleitantrag der Landtagsfraktion zum HH 2021 (DS: 17/13936).

An dieser Stelle können wir nicht alle zehn Empfehlungen erörtern. Für uns sind aber neben der Neuausrichtung der Hochschulfinanzierung insbesondere die Themen Digitalisierung, Entwicklung der Hochschulen in und mit der Region und Strategische Forschungsförderung die bestimmenden Herausforderungen der nächsten Jahre für unsere Hochschullandschaft.

2. Was beabsichtigt Ihre Partei dafür zu tun, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Land einen mit anderen Bundesländern konkurrenzfähigen Stellenwert erhält?

Zunächst muss seitens der Landespolitik eine klare Vorstellung davon vorliegen, in welche Richtung sich die Hochschullandschaft entwickeln soll und wie diese bei der jeweiligen Profilbildung unterstützt werden kann. Hierfür ist aber in jedem Fall eine entsprechende finanzielle Unterfütterung vonnöten. Wissenschaft und Forschung sind kein Luxus, den man sich gönnt, sondern von elementarer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Zukunftsvertrag und seinem Vorgänger, dem Hochschulpakt, greift der Bund den Ländern entgegen seiner eigentlichen Zuständigkeit bereits unter die Arme. Es liegt aber in der Verantwortung der Landespolitik, Impulse für die eigene Wissenschafts- und Forschungsstandort zu setzen, auch und gerade vor dem Hintergrund des innerdeutschen Wettbewerbs um die besten Köpfe.

3. Wie stellt sich Ihre Partei die künftige Entwicklung der Grundfinanzierung an rheinland-pfälzischen Hochschulen vor und welche konkreten Maßnahmen wird sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen, um dauerhaft eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige und verlässliche Finanzierung aller Hochschulen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen? Dies u.a. vor dem Hintergrund, dass sie künftig weitere kostenintensive Aufgaben, etwa im Bereich Nachhaltigkeit und Umwelt, übernehmen sollen?

Im Rahmen der bereits genannten mehrjährigen Zielvereinbarungen soll die Grundfinanzierung schrittweise angehoben werden, auch unter Berücksichtigung der Vielzahl an Aufgaben, die den Hochschulen zusätzlich übertragen worden sind. Wir verweisen auch hier wieder auf den Entschließungsantrag der Fraktion.

4. Wie will Ihre Partei die rheinland-pfälzischen Hochschulen bei der nachhaltigen Sicherung der digitalen Infrastruktur und der Cybersicherheit unterstützen?

Wir vermissen eine Gesamtstrategie gerade im Bereich der digitalen Transformation. Statt der Schaffung „digitaler“ Inseln muss der Digitale Wandel als ganzheitliche Herausforderung begriffen und angegangen werden – mit landesweiten Impulsen für Studium, Lehre, Forschung, Verwaltung, Datensicherheit etc. (Anders als von der Expertenkommission empfohlen, sehen wir keinen Mehrwert in dem kürzlich geschaffenen Hochschulforum über die LHPK hinaus. Die hierfür aufgewandten Mittel wären unsere Meinung nach an anderer Stelle zielführender eingesetzt.)

5. Wie gedenkt Ihre Partei, den bekannten Sanierungsstau und die strukturelle Unterfinanzierung im Hochschulbau von Rheinland-Pfalz aufzulösen, der zunehmend zu einem Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu Hochschulen benachbarter Bundesländer führt und das Land Studierende und damit mittelfristig Fachkräfte kostet?

Wo immer möglich, sollen die Hochschulen notwendige bauliche Veränderungen eigenverantwortlich tätigen können und die entsprechenden personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Hiervon erwarten wir eine wesentliche Beschleunigung von Baumaßnahmen.

6. Die Frage eines Promotionsrechts für Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird seit Jahren diskutiert. Die Antworten reichen von einem eigenen Promotionsrecht bis hin zu strukturierten Verfahren der kooperativen Promotion gemeinsam mit Partneruniversitäten. Wie positioniert sich Ihre Partei in dieser Frage?

Die Partei hat sich noch keine abschließende Meinung hierzu gebildet. Wir sind offen für Gespräche zu diesem Thema und freuen uns auf Anregungen.

Wir sind uns in jedem Fall der möglichen Nachteile im bisherigen Kooperationsmodell bewusst und sind bestrebt, die Situation zu verbessern.